

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

14. März 1951

Blatt 403

## Enquete über die Garagenfrage

=====

14. März (Rath.Korr.) Vor einigen Tagen fand im Wiener Rathaus eine Enquete über die Frage der Errichtung von Garagen im Wiener Stadtgebiet statt. An der Besprechung nahmen Stadtrat Jonas, die Gemeinderäte Albrecht, Fronauer und Kammermayer, Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker, Vertreter des Magistrates und der Stadtbaudirektion, der Stadtplanung, der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten, der Bauoberbehörde und der Magistratsabteilung für Verkehrsrechtsangelegenheiten, der Feuerwehr, des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau, der Polizeidirektion von Wien, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, sowie Vertreter des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touringklubs teil.

In seiner Eröffnungsansprache warf Stadtrat Jonas folgende fünf Fragen auf:

Inwieweit besteht in Wien ein Bedarf an Garagen?

An welchen Standorten und in welcher Form soll dieser Bedarf erfüllt werden?

Wie weit können und sollen Verpflichtungen zur Erbauung von Garagen - z.B. anlässlich von Wohnhaus- oder Industrieneubauten - auferlegt werden?

Inwieweit ist es möglich, durch Auflagen bei Errichtung einer Garage eine Belästigung der Umgebung zu vermeiden?

Welche Stellung wird zur Frage der Errichtung von Tankstellen in Verbindung mit Garagen eingenommen?

Anschließend gab Senatsrat Dr. Halbmayr einen kurzen, die neue Garagenordnung betreffenden Überblick über die Rechtsvorschriften, worauf Amtssekretär Leditzky von der Wiener Polizeidirektion bekanntgab, daß es derzeit in Wien rund 63.000 Kraftfahrzeuge gebe, und zwar 25.000 Motorräder, 22.000 Lastkraftwagen und 16.000 Personenkraftwagen. Wöchentlich werden rund 200 Kraft-

fahrzeuge neu angemeldet. Amtssekretär Leditzky vertrat die Meinung, daß mit dieser Neuankündigung von wöchentlich 200 Wagen auch weiterhin gerechnet werden müsse und daß die Errichtung von Garagenräumen dringend notwendig sei, wenn nicht der von der Polizei gezwungenermaßen geduldete Zustand bestehen bleiben soll, daß die Kraftfahrzeuge einfach über Nacht in den Straßen stehen bleiben.

In der nun anschließenden Debatte wendete sich Kommerzialrat Dipl.Ing. Karrer, von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, gegen die Errichtung neuer Garagen, deren Notwendigkeit er bestritt. Dementgegen vertraten fast sämtliche andere Anwesende die Meinung, daß neuer Garagenraum errichtet werden müsse. Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker verwies darauf, daß in den derzeit bestehenden Garagen rund 11.000 Fahrzeuge untergebracht werden könnten, während selbst wenn man nur ein Drittel der LKW und zwei Drittel der PKW unterzubringen versuche, mit einem Anfall von mindestens 23.000 Fahrzeugen zu rechnen sei. Weiters wurden dann die Probleme der Standorte neuer Garagen besprochen und die Frage, ob es zweckmäßig sei, bei jeder neugebauten größeren Garage eine eigene Tankstelle zu errichten.

Nachdem Stadtrat Jonas noch mitgeteilt hatte, daß bei einer nächsten Besprechung auch ein Vertreter des Stadtphysikates herangezogen werde, wurde folgender Beschluß gefaßt:

Da es nach der Art der Materie nicht möglich ist eine sofortige Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen zu beziehen, wird seitens der Polizeidirektion, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Verkehr und Fachgruppe Garagen und vom Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touringklub binnen vier Wochen eine schriftliche Stellungnahme der Stadtbaudirektion gestellt. Die Stadtbaudirektion wird diese Stellungnahme auswerten und von deren Ergebnis in einer weiteren Besprechung berichten.

Am Freitag beginnt Wohnbautagung im Wiener Rathaus  
=====

14. März (Rath.Korr.) Die Österreichische Gesellschaft für Wohnungswirtschaft und Siedlungswesen veranstaltet am 16. und 17. März im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses ihre II.Wohnbautagung. Mit dieser Tagung wird auch eine Rundfahrt durch die Wohn- und Siedlungsbauten der Gemeinde Wien und eine Besichtigung der Wiener Baumesse verbunden sein. Auf dem Programm stehen u.a. folgende Vorträge: "Gemeindliche Planungssorgen" (Architekt Prof. Franz Schuster), "Die Möglichkeiten der Finanzierung des kommunalen Wohnungsbaues" (Bundesrat Hans Riemer), "Maßnahmen des Auslandes zur Behebung der Wohnungsnot" (Dipl.Ing. Robert Schörner), "Die Wohnbauförderungsmaßnahmen und ihre Auswirkungen in Österreich" (Dipl.Ing. Heinz Huber), "Die Bauerfahrungen in Kapfenberg" (Baudirektor Dipl.Ing. Hans Walch), "Probleme des Stadtrandes und Schutz des Ortsbildes und der Landschaft" (Dipl.Ing. Anton Schimka).

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

14. März (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 12. Februar von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim Spital am Semmering gebracht wurden, am Freitag, dem 16. März, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 11.27 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Mariahilfer Straße wird "auf Glanz" hergerichtet  
=====

14. März (Rath.Korr.) Auf Einladung des Österreichischen Presseklubs hielt heute nachmittag der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten, Franz Jonas, einen Vortrag über die Fortsetzung des Umbaus der Mariahilfer Straße.

Ein solcher Umbau ist schon deshalb unaufschiebbar, weil das Granitpflaster soweit abgefahren ist, daß es ausgewechselt werden muß. Diese Gelegenheit wird benutzt, um auch verschiedene andere Probleme zu lösen. Vor allem sollen die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, die durch die Seitenlage der Straßenbahngelände bestehen, bereinigt werden. Weiter soll die schiefe Gleiskreuzung bei der Stiftgasse beseitigt werden. Wichtig ist auch der Umbau der Kreuzung Mariahilfer Gürtel. Das schlechte Würfelplaster der Mariahilfer Straße soll durch eine moderne Straßendecke aus Hartgußasphalt, die geräuscharm und gleit-sicher ist und die Transportkosten vermindert, ersetzt werden.

Da im Herbst die Halle des neuen Westbahnhofes fertig wird, soll hier zeitlich der Anschluß gefunden werden. Das 1.400 lange Straßenstück von der Stiftgasse bis zum Gürtel ist in vier Bauabschnitte eingeteilt. Der erste Abschnitt Stiftgasse - Zollergasse, der 500 m lang ist, soll am 19. März begonnen und voraussichtlich am 15. Juni beendet werden. Für die Bauabschnitte Zollergasse - Zieglergasse ist eine Bauzeit vom 1. Juni bis 21. Juli, Zieglergasse - Kaiserstraße vom 15. Juli bis 1. September und für den Umbau der Kreuzung Mariahilfer Straße - Gürtel die Zeit vom 1. Juli bis 1. September in Aussicht genommen. Die Fahrbahn wird 18.30 m bis 22.50 m breit sein. Als Vergleich sei die Bellariastraße mit einer Fahrbahnbreite von 18.40 m genannt. Engen werden nur bei der Stiftskirche und an einer Stelle in der Nähe der Barnabitingasse bleiben. An diesen Stellen wird das Parken unmöglich sein.

Die Kreuzung Mariahilfer Gürtel erhält eine großzügige Neuordnung. Voraussichtlich werden der äußere und der innere Gürtel zu Einbahnen erklärt werden.

Die Haltestellen befinden sich auf 1.50 bis 2 m breiten und 35 m langen Inseln, die in der Mitte der Straße zwischen

den Schienen liegen werden. Vor Kreuzungen und bei den Autobus-Haltestellen ist ein griffiger Asphaltbelag vorgesehen, um ein sicheres Halten und rasches Anfahren zu ermöglichen. Ferner werden in der Mariahilfer Straße 14.000 m<sup>2</sup> Gehsteig mit Gußasphalt belegt. Die ganze Mariahilfer Straße, die größte Geschäftsstraße Wiens, wird somit "auf Glanz" hergerichtet.

Die voraussichtlichen Baukosten werden 7 1/2 Millionen Schilling betragen.

Während des Baues wird die Mariahilfer Straße für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die Zufahrt bleibt bis zu den Enden der jeweiligen Baustellen möglich. Bei Gehwegarbeiten wird, falls es notwendig ist, ein Streifen der Fahrbahn für die Fußgänger abgesperrt und reserviert. Die Zugänge zu den Geschäften werden dort wo es notwendig ist, über Brücken führen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde auch die Frage eines U-Bahn-Baues aufgeworfen. Baudirektor Dipl. Ing. Gundacker wies darauf hin, daß es für ein solches Projekt wohl keine technischen Schwierigkeiten, dafür aber viele andere gibt. Schon an der Frage der Finanzierung müßte alles scheitern. Die reinen Baukosten für 1 km U-Bahn würden bei den derzeitigen Preisen auf etwa 100 Millionen Schilling kommen. Allein die sogenannte Nord-Südlinie wäre 15 km lang, wofür somit ein Betrag von 1 1/2 Milliarden Schilling notwendig wäre. Das ist eine Summe, die bei der Fülle der Aufgaben, die die Gemeinde Wien aber auch der Bund zu erfüllen hat, unmöglich aufgebracht werden kann. Dazu kämen die Schwierigkeiten der Beschaffung des Materials und auch der Arbeitskräfte.